

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helleste Stellung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Aufträgen; einzelne Nummern 15 RM
: Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postcheckkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Pettzeile 20 Reichspfennige, Eingeladnt und
Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehn. — Druck und Verlag: Carl Sehn in Dippoldiswalde.

Nr. 287

Mittwoch, am 10. Dezember 1930

96. Jahrgang

Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Die Not in unserem deutschen Vaterlande ist groß und wächst, je mehr wir in den Winter kommen, immer mehr. Die schlechte Wirtschaftslage und die daraus resultierende Erwerbslosigkeit sind die Grundursachen. Reich und Staat können allein nicht mehr helfen, Hilfe muß auch aus dem Volke heraus kommen. Zu diesem Zwecke hat sich in Dresden Mitte November der Landesauschuß der Sächsischen Nothilfe 1930 gebildet, bestehend aus den charitativen Vereinen, der Staatsregierung, Sächs. Gemeindefrat, Verband der Bezirksverbände, des Handwerks, Landbundes usw., der einen Aufruf (abgedruckt in Nr. 268 dieser Ztg., vom 17. 11.) erlassen und Richtlinien herausgegeben hat. Zu einer Besprechung an Hand dieser Richtlinien hatte Amtshauptmann v. d. Planitz die Vertreter der Unterzeichner des Aufrufs für gestern nachmittag nach dem Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft eingeladen. Einleitend wies er auf die große Not hin und betonte, daß diesmal keine Landeszentrale geschaffen werden soll. Das wichtigste in der Nothilfe Tätigkeit stellen die Geldsammlungen dar, die den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und den Ausschüssen der Sächsischen Nothilfe für die Zeit vom 15. 11. 30 bis 31. 3. 31 genehmigt seien. Straßensammlungen bedürften der Genehmigung der Ortsbehörden. Bis 15. Mai müsse Rechenschaft abgelegt werden. Amtshauptmann v. d. Planitz trat nun bei dieser Sammelstätigkeit dafür ein, daß die Sammlungen in den einzelnen Gemeinden nach einer unter Leitung des Bürgermeisters geführten Aussprache der betreffenden Vereine und Verbände des Ortes von diesen in die Wege geleitet würden. Wie Bürgermeister Dr. Höhmann ausführte, war in Dippoldiswalde bereits eine Sammlung auf Grund eines Aufrufs der städtischen Kollegien geplant. Der Aufruf aber ist wegen dieser Besprechung noch nicht erlassen worden. Hervorgehoben wurde weiter, daß eine Sammlung von den einzelnen Verbänden in der Großstadt gut sei, für die kleineren Städte und das Land könne nur eine zentrale Sammlung und Verteilung der gesammelten Gelder durch die Wohlfahrtsausschüsse in Frage kommen. Dem wurde entgegengetreten mit dem Hinweis darauf, daß in vielen kleinen Gemeinden wenige vorhanden seien, die geben könnten, umso mehr aber Bedürftige. Deshalb hielt diese Seite eine Sammlung und Verteilung aller Spenden von Bezirkswegen für richtig. Sie blieb aber in der Minderheit; man sah ein, daß die Gebefreudigkeit sicher größer sein wird, wenn die Geber wissen, daß ihre Gabe im Orte bleibt. Vorgesprochen wurde, die Sammlung an einem Tage, vielleicht auch mehrmals mit Zwischenräumen, von allen Verbänden, die den Aufruf unterzeichnet, gemeinsam durchzuführen und dazu die Orte in Bezirke einzuteilen und in diesen von je einem politisch rechts und links eingestellten Sammler zu bearbeiten. Auch Handwerk, Handel und Gewerbe traten dieser Ansicht bei, wenn auch bei deren Notlage große Gaben kaum zu erwarten seien. Das Rote Kreuz beabsichtigt, einen namhaften Betrag aus früheren Sammlungen auszuwerfen. Wegen der Verteilung der eingegangenen Gaben, insbesondere auch solcher, die außerhalb der Ortsammlung eingehen, war man zunächst recht geteilter Meinung. Man einigte sich dann aber übereinstimmend darauf, daß alle Gaben in den einzelnen Orten durch die örtlichen Wohlfahrtsausschüsse verteilt und alle freiwilligen Spenden einzelner Korporationen (wie z. B. des Roten Kreuzes aus oben genannter Spende) oder fester Sammelstellen diesen Ausschüssen zugeführt werden sollen, daß also die gesamte Verteilung in jedem Orte in einer Hand liegt. Von den Bürgermeistern sind nun die betreffenden Verbände zur Bildung von Ortsausschüssen einzuladen. Wegen Wohlfahrtsvorstellungen soll mit den betreffenden Etablissements-Inhabern verhandelt werden. Auch Sachspenden, Kleidung, Wäsche, Schuhwerk usw. werden angenommen, dabei aber ist Voraussetzung, daß die Spenden auch wirklich brauchbar sind. Von der Landwirtschaft wieder werden mehr Nahrungsmittel (Roggen, Kartoffeln) statt Geld zu erwarten sein. Beschlossen wurde weiter, in allen Zeitungen des Bezirks einen Aufruf zur Sammelstätigkeit im Sinne der gefassten Beschlüsse und zur Gebefreudigkeit zu erlassen. Gingenwiesen aber sei darauf, daß Geld- und Sachunterstützung keinesfalls zur Entlastung der öffentlichen Wohlfahrtspflege von ihren Pflichtleistungen dienen dürfen. Weitere Punkte der Richtlinien über Einrichtung von Volkshäusern und Aufenthaltsräumen, Arbeits- und Bildungseinrichtungen für die erwerbslose Jugend, über Unterhaltungsveranstaltungen in Heimen und Krankenhäusern kommen für unsern Bezirk nicht in Frage. Wenn man auseinander ging, wurde von einer Seite noch ausgeführt, daß Preisabbau und

Die Finanzlage Sachsens

In der Dienstagssitzung des Sächsischen Landtags stand als einziger Punkt die *Etate* des Finanzministers auf der Tagesordnung. Präsident Wetzel erteilte sofort dem Finanzminister Dr. Hedrich das Wort, der u. a. ausführte:

In der Geschichte des Parlaments dürfte der Fall einzig dastehen, daß der Haushaltsplan zu einer Zeit vorgelegt wird, zu der über die Hälfte des Rechnungsjahres bereits abgelaufen ist. Aber es handelt sich ja hier gewissermaßen um eine zweite Auflage des Etats, dessen erste Auflage dem alten Landtage schon am 17. März vorgelegt wurde. Der Minister beschränkte sich daher in seinen allgemeinen innerpolitischen Betrachtungen im wesentlichen auf die Abweichungen vom früheren Etat. Durch die seither eingetretene Entwicklung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden sei eine grundlegende Änderung der Verhältnisse eingetreten. Der gleichzeitig dem Landtage vorgelegte *Rechnungsbericht für 1928* schließt mit einem *rechnungsmäßigen Verlust von 870 000 RM ab*. Dieses als günstig zu bezeichnende Ergebnis beruhte auf höheren Steuereingängen, höheren Ueberschüssen und einer erheblichen Verminderung der Ausgabevorbehalte. Das reine Staatsvermögen sei im Rechnungsjahr 1928 von 765,3 auf 766,6 Millionen Reichsmark gestiegen. Das am 31. März dieses Jahres zu Ende gegangene Rechnungsjahr 1929 habe mit einem Verlust von 6,2 Millionen Reichsmark abgegeschlossen.

Bei Aufstellung des neuen Etatentwurfes stand die Regierung daher vor einer ungemein schwierigen Aufgabe. Die von Monat zu Monat steigende Zahl der Wohlfahrtsverwerfungen habe viele Gemeinden und Bezirksverbände ans Ende ihrer finanziellen Kraft geführt. Selbstverständlich müsse das Land hier helfen, so weit es in seinen Kräften stehe. Aber selbst bei Ausschöpfung aller jetzt gegebenen Steuermöglichkeiten sei vielen Gemeinden nicht mehr aus der Not zu helfen. Das Reich allein könne noch den Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglichen und müsse hierzu die Hand bieten. Heute drehe sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die *Belastung aus den Friedensverträgen* sich als der *Hauptfaktor* für die ganze Weltwirtschaft erweist, indem nicht nur Deutschland, sondern alle Welt unter diesem ungeheuerlichen System von internationalen Schulden und Forderungen leidet. Unser Sachsenland als ausgeprägten industriellen Exportland trifft es besonders schwer, daß der Krieg in vielen Ländern eigene Industrien als Konkurrenten hat entstehen lassen, daß ungeheure Reiche mit Hunderten von Millionen Menschen für den Exportmarkt nahezu ausgefallen sind. Und schließlich kommt es daher, daß eine außerordentliche Verminderung der Kaufkraft unserer Kunden eingetreten ist. Das Aufhören des im Anleihenweg nach Deutschland fließenden Kapitalstroms, seine jetzt einsetzende Verzinsung und Tilgung, Zahlung der Tribute aus eigenem Kapital und nicht zuletzt die Kapitalflucht haben die Krise weiter verschärft.

Der Minister wies weiter nach, daß, wenn schon der absolute Zwang, eine weitere kurzfristige Verschuldung des

Bandes zu vermeiden, die Vorlegung eines Defizitetais ausschloß, auch eine wesentliche Höherziehung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts auf dem Wege neuer Steuern keinesfalls verantwortet werden konnte. Die Ausgaben des Staates müßten sich nach den Einnahmen richten. Die *allgemeine Finanzlage des Staates* bezeichnete Dr. Hedrich als *heute noch durchaus gesund*. Mit der Aufnahme weiterer Schulden müsse er aber äußerst vorsichtig sein.

Die Sächsische Regierung habe in Berlin verlangt, daß Sachsen zum Ausgleich der bisherigen Zurücksetzung bei künftigen Vergabungen der Reichsstellen und bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung bevorzugt berücksichtigt wird. Zur Gehaltsförmung bemerkte der Minister: Angesichts der vom Reich nachgewiesenen harten Notwendigkeit konnte die Sächsische Regierung ihre anfangs eingenommene ablehnende Stellung zur Frage der Gehaltsförmung bei den weiteren Verhandlungen im Reichsrat nicht aufrechterhalten. Allerdings habe sie gegen die Vordatierung der Gehaltsförmung auf den 1. Februar gestimmt, weil sie es nicht verantworten zu können glaubte, dem treuen Berufsbeamtentum nach der Vertüfung einer keineswegs zu hohen Gehälter durch die Reichshilfe nun auch noch eine weitere Benachteiligung durch Vordatierung der Vertüfung auf den 1. Februar 1931 zuzufügen. Die finanzielle Auswirkung der Gehaltsförmung lasse sich für die sächsische Staatskasse auf rund 12% Millionen Reichsmark jährlich schätzen. Den sächsischen Gemeinden bringe er eine Entlastung von 7,9 Millionen Reichsmark. Demgegenüber kehe ein Rückgang an Steuerüberweisungen vom Reich in Höhe von rund 30 Millionen Reichsmark.

Zum vorliegenden Etat selbst führte der Minister aus: Der erste der im Etat enthaltene Fehler sei, daß der Etat keinerlei Reserven ausweise. Der zweite Fehler liege darin, daß in den außerordentlichen Etat nicht nur werdende Ausgaben eingestellt worden seien, wie es den Grundfragen geu der Finanzgebarung entspreche. Die Höhe einer ganzen Reihe von Einnahmeposten des Ordentlichen Haushalts muß angesichts der Wirtschaftslage als unsicher bezeichnet werden.

Dem gleichen Zweck dient der Entwurf eines Gesetzes über den *staatlichen Wirtschaftsstod*. Daß die Regierung mit Staatsbankmitteln auch den kaufmännisch geförmten staatlichen Unternehmungen, zum Teil um sie überhaupt am Leben zu erhalten, helfen beizubringen müsse, ist bekannt. Die Fähigkeit der öffentlichen Hand, auf begrenzten Gebieten erfolgreich zu wirtschaften, sollte ernstlich nicht mehr zur Debatte stehen. Die Regierung habe die Aufgabe, der Bildung von für das Gemeinwohl gefährlichen Großmonopolen der Privatwirtschaft entgegenzuwirken durch die Förderung der Bewirtschaftung durch die öffentliche Hand.

Dann ging der Minister zur Forstverwaltung und Bergverwaltung über. Die Staatliche Porzellanmanufaktur werde auch im laufenden Geschäftsjahr mit einem erheblichen Verlust abschließen.

Große Sorgen bereiteten der Regierung die *Steinkohlenwerke im Zwickauer und im Lugau-Deutscher Revier*, hier

Arbeitsbeschaffung unbedingt mit zur Aufgabe der Wohlfahrtspflege gehöre. Dem Lohnabbau müsse der Preisabbau der Nahrungsmittel folgen und Arbeit könne durch Arbeitszeitverkürzung beschafft werden. Dafür scheine im Bezirk allerdings wenig Verständnis zu sein. Der Vertreter des Handwerks, Handels und Gewerbes wies auf die Not in dessen Reihen und auf die Erklärung des Bezirksauschusses in vergangener Sonnabend-Nummer hin. Wenn ungeredrigte Preise verlangt würden, werde der Ausschuß auf Anzeiger sofort einschreiten. Das drückendste aber seien nicht die Löhne, sondern die Steuern. Es sei Selbstbetrug, von Preisabbau zu sprechen, solange die ungeheure Steuerlast jeden einzelnen Handwerker erdrücke. Das erste müsse sein: Weg mit der Steuerlast! Wegen des Vorwurfs zu hoher Milchpreise betonte der Vertreter der Landwirtschaft, daß die Löhne in der Landwirtschaft ins ungeheure gestiegen, der Preis für Agrarprodukte aber so gesunken sei, daß die Landwirtschaft für sich selbst um Unterstützung bitten müsse. Wenn in der Stadt der Milchpreis höher sei, dürfe man nicht unbeachtet lassen, daß der Großteil der Verbraucher sich die Milch zutragen lasse, was auch Spesen mache. — Mit dem Wunsche, daß die Nothilfe wenigstens einigermaßen Erfolg habe, schloß Amtshauptmann v. d. Planitz die Besprechung. An den örtlichen Ausschüssen wird es nun liegen, daß alle Kreise, die noch Einnahmen haben, sich zur tätigen Hilfe für die unverschuldet in Not geratenen Volksgenossen zusammenfinden.

Dippoldiswalde. In dem vom Konjertamt Dresden-U. des Reichsdeutschen Blindenverbands am Dienstag im Schützenhaussaal veranstalteten *Vieder-Abende* zeigte sich der im Kriege erblindete Konzertsänger Karl Otto als Tenor mit kräftiger, angenehmer, vielseitig ausgebildeter Stimme, die auch

bis zum leinsten Hauch sich dämpfen kann. Die feinfühlig, gewandte Klavierbegleitung, ausgeführt von Herbert Wülfhoff, unterstützte und erhöhte aufs beste den Kunstgenuß, für den sich die Konzertbesucher (leider war ihre Zahl nicht sehr groß) mit anerkennendem Beifall herzlich bedankten. Die reichhaltige Vortragsfolge brachte zuerst drei Gefänge mit italienischem Texte, dann Lieder von Mozart, Schubert und Strauß, Arten aus verschiedenen älteren und neueren Opern und im 2. Teile auch alte, liebe Volkslieder. Die rasche Aufeinanderfolge der 22 Vorträge beanspruchte nur 1 1/2 Stunde.

Dippoldiswalde. In der nichtöffentlichen Sitzung erledigte gestern die *Kirchgemeindevorstellung* eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung. U. a. wurde Kenntnis genommen vom *Rücktritt* des Oberlehrers i. R. Kantor E. Schmidt und dasselbe für den 1. Januar 1931 genehmigt. Die Ausschreibung der Stelle soll sofort erfolgen. Für den freiwillig ausgeschiedenen *Gewerbestudienrat* Sacher ist mit Stimmenmehrheit der *Girokassenbeamte* Kurt Schmidt als *Kirchgemeindevorsteher* gewählt worden.

Lauenstein. Der Verkehrsverein Lauenstein hatte in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage vieler unserer Einwohner beschlossen, auch von sich aus Maßnahmen zu ergreifen, um trotz der schweren Zeit Weihnachtsfreude in die Herzen und Häuser der notleidenden Wätmenschen zu tragen. Es wurde ein *„Weihnachtsbaum für alle“* aufgestellt, der am Sonntag abend 7 Uhr feierlich geweiht wurde.

Wetter für morgen:

Weiß schwache, nach westlichen Richtungen drehende Winde, hauptsächlich trüb bzw. neblig, leichter Temperatur-Anstieg, zeitweise Niederschlag.